Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9557**

17. Wahlperiode 09. 05. 2012

Antrag

der Abgeordneten Uta Zapf, Dagmar Freitag, Dr. h.c. Gernot Erler, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Petra Ernstberger, Gabriele Fograscher, Martin Gerster, Iris Gleicke, Ute Kumpf, Rolf Mützenich, Thomas Oppermann, Axel Schäfer (Bochum), Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Marieluise Beck (Bremen), Katrin Göring-Eckardt, Viola von Cramon-Taubadel, Kerstin Müller (Köln), Volker Beck (Köln), Agnes Brugger, Ingrid Hönlinger, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Ute Koczy, Tom Koenigs, Omid Nouripour, Lisa Paus, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Keine Eishockey-Weltmeisterschaft 2014 in Belarus

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In Belarus werden grundlegende demokratische Freiheiten und Menschenrechte mit Füßen getreten. Das Regime wendet zunehmend diktatorische und willkürliche Methoden zur Unterdrückung von Opposition und Zivilgesellschaft an.

Seit der brutalen Niederschlagung der Proteste gegen die Fälschung der Präsidentenwahlen am 19. Dezember 2010 verfolgt das Regime in Belarus jegliche Opposition mit unerbittlicher Härte. Hunderte Demonstranten wurden verhaftet, die wichtigsten Oppositionsführer in Schauprozessen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Inhaftierten berichten über Misshandlungen und Folter, um Bezichtigungen und Schuldeingeständnisse zu erpressen. Die Hinweise über schlimme Haftbedingungen und den schlechten gesundheitlichen Zustand der politischen Häftlinge Mikalaj Autuchowitsch, Ales Bjaljazki, Dsmitrij Daschkewitsch, Sjarhej Kawalenka, Eduard Lobau, Pawal Sewjarijnez und Mikalaj Statkewitsch geben Anlass zur Befürchtung, dass in der Haft an ihrer physischen und psychischen Zerstörung gearbeitet wird. Die Opponenten des Regimes sollen offenbar dauerhaft mundtot gemacht werden.

Im vergangenen Jahr hat das belarussische Regime eine Reihe von Gesetzesverschärfungen vollzogen, die den Druck auf Opposition, unabhängige Medien und Zivilgesellschaft weiter verschärfen. So wurden jegliche ausländische Unterstützung von Privatpersonen und Organisationen, der Aufruf zu und die Teilnahme an nichtgenehmigten Versammlungen sowie das organisierte Nichtstun unter Strafe gestellt. Die Möglichkeiten zur Anordnung psychiatrischer Zwangsbehandlungen und Befugnisse des KGB wurden ausgeweitet. Der Geheimdienst kann ohne richterliche Genehmigungen Durchsuchungen und Verhöre durchführen. Angeordnete Folter und Tötung durch den KGB wurde lega-

lisiert. Das Regime erstellt Listen Oppositioneller, Menschenrechtler und unabhängiger Journalisten, denen die Ausreise aus Belarus verweigert wird.

Nach dem Bombenanschlag auf die Minsker Metro im April 2011 wurden zwei Männer des Attentats beschuldigt und vor Gericht gestellt. Wladislaw Kowaljow und Dmitrij Konowalow wurden in einem Schauprozess zum Tode verurteilt und hingerichtet. Es gibt begründete Zweifel an ihrer Schuld. Der Prozess entbehrte jeglichen rechtsstaatlichen Standards. Das Todesurteil beruhte auf Geständnissen, die durch Folter erpresst worden waren. Wladislaw Kowaljow widerrief sein Geständnis im Prozess. Der Machthaber Aljaksandr Lukaschenka lehnte ein Gnadengesuch ab. Trotz internationaler Proteste wurden die beiden Verurteilten hingerichtet. Die sofortige Vernichtung der Beweismittel und die ungewöhnlich schnelle Hinrichtung deuten darauf hin, dass die wahren Hintergründe des Attentats verschleiert werden sollten. Die Leichname der Hingerichteten wurden den Angehörigen nicht übergeben und damit den Familien ein Ort der Trauer verwehrt.

Bereits 1999 und 2000 verschwanden vier Oppositionspolitiker. Der Europarat stellte 2004 in einem Bericht fest, dass vermutlich höchste Staatsebenen in die Verschwundenenfälle Wiktar Gantschar, Anatol Krasauski, Jurij Sacharanka, Dmitrij Sawadski verwickelt waren.

Der Deutsche Bundestag ist der Ansicht, dass das belarussische Regime kein würdiger Gastgeber für die 2014 in Belarus geplante Eishockey-Weltmeisterschaft ist. Belarus vollstreckt weiterhin als einziges Land in Europa die Todesstrafe und stellt sich damit weit außerhalb des europäischen Konsenses zur Ächtung dieser unmenschlichen und irreversiblen Bestrafung. Das Regime hat das mit der Weltmeisterschaft verbundene internationale Prestige nicht verdient. Als europäisches Land tragen wir besondere Verantwortung für unsere Nachbarn in Belarus. Der Respekt vor den Opfern des brutalen Regimes gebietet es, die Weltmeisterschaft in einem anderen Land als in Belarus auszutragen.

Der Deutsche Bundestag respektiert die Unabhängigkeit des Sports. Dennoch kann der Sport seinen Einfluss geltend machen und ist in diesem Falle gefordert, seiner politischen Verantwortung gerecht zu werden. Der Deutsche Bundestag bittet den Deutschen Eishockey-Bund und seinen Präsidenten Uwe Harnos daher, sich auf dem IIHF-Kongress (IIHF: Internationale Eishockey-Föderation) im Mai 2012 in Helsinki dafür einzusetzen, die Vergabe der Weltmeisterschaft an Belarus zurückzunehmen. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, dass auch die große Mehrheit der Sportlerinnen und Sportler sich nicht gerne von einem Diktator auszeichnen lassen will.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich gegenüber dem Deutschen Eishockey-Bund und der Internationalen Eishockey-Föderation nachdrücklich dafür einzusetzen, die Eishockey-Weltmeisterschaft 2014 nicht in Belarus austragen zu lassen.

Berlin, den 8. Mai 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion
Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333